

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Welfe in Berlin.

Wir übernehmen eingekaufte Manuskripte  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Das österreichische Plebiszit über den Anschluß.

#### Der Weg über den Völkerverbund.

Die Abschließung der Nationalversammlung Deutsch-Österreichs.  
(Telegramm unseres Korrespondenten)

1. Wien, 17. September.

Die verfassunggebende Nationalversammlung Deutsch-Österreichs hat sich für ihre letzte Tagung vor. Um ihrem Namen gerecht zu werden, hat sie noch den Hauptteil ihrer Aufgabe zu erledigen und der Republik eine Verfassung zu geben. Das hat geschehen. Sie ist auch heute, fünf Wochen vor den Neuwahlen, noch keine Einigkeit über den künftigen staatlichen Aufbau Deutsch-Österreichs herbeigeführt. Man hat sich wohl dahin geeinigt, Deutsch-Österreich in eine Reihe von Ländern mit weitgehend selbstständigen politischen Rechten zu zerlegen, aber in anderen wichtigen Fragen, in der Schlußfrage, in der Frage des Verfassungsrechtes über Polizei und Gendarmerie ist noch immer keine Einigkeit erzielt. Es gibt Hoffnungen, die überhaupt nicht mehr daran glauben, daß diese verfassunggebende Nationalversammlung dem Staat noch eine Verfassung geben wird, und mit der Notwendigkeit einer zweiten Konstituante rechnen.

Weit entfernt ist eine andere Frage, mit der sich die Nationalversammlung noch zu befassen haben wird. Am 24. Juli hat der Großdeutsche Abgeordnete Schürff den Antrag eingebracht, die Nationalversammlung möge ein Gesetz über die Vorannahme einer Volksabstimmung im Rahmen des Artikels 88 des Friedensvertrages von St. Germain, betreffend die Frage des Anschlusses beschließen. In der Begründung des Antrages wird darauf hingewiesen, daß der Artikel 88 des Friedensvertrages Deutsch-Österreich die Möglichkeit offen gelassen habe, den Anschluß an Deutschland durch einen Antrag beim Rat des Völkerbundes nachzusuchen, da sich in der kurzen Zeit des selbständigen Bestandes Deutsch-Österreichs dessen völlige Lebensunfähigkeit herausgestellt habe. So erziele es als eine zwingende Notwendigkeit, rechtzeitig die Voraussetzungen für den Anschluß Österreichs an Deutschland zu schaffen, der allein Österreich vor dem völligen Zusammenbruch retten könne. Eine der ersten Voraussetzungen sei die Klare Willenserklärung der österreichischen Bevölkerung in dieser Lebensfrage, und die bevorstehende Wahl in die Nationalversammlung die einfachste und beste Gelegenheit, das Volk hierzu zu befragen. Der Antrag ist, obwohl er nur die Unterfertigung der großdeutschen Vereinigung trägt, das Ergebnis eingehender Besprechungen des Führers der Großdeutschen, Dr. Dinghofer mit Otto Bauer und anderen Vertretern der Sozialdemokratischen Partei. Auf Bauers Anraten ist namentlich der ausdrückliche Hinweis auf den Artikel 88 des Staatsvertrages von St. Germain in den Antrag aufgenommen worden, um Frankreich jeden Vorwand zu nehmen, ein solches Plebiszit über den Anschluß als Bruch des Friedensvertrages hinzustellen. Wenn also, was nicht anzunehmen ist, Großdeutsche und Sozialdemokraten nicht noch im letzten Augenblick auf der eigenen Courage bestanden, so wird die Nationalversammlung an ihrem Lebensende noch eine sehr bedeutsame Entscheidung in der ersten Frage der Zukunft Deutsch-Österreichs zu fällen haben.

Dr. Renner, der jetzt vor den Wahlen in Salzburg plötzlich entbedet hat, daß seine Politik der „westlichen Orientierung“

eigentlich Anschlußpolitik gewesen sei, weil „unter westlicher Orientierung auch der Anschluß an Deutschland gemeint gewesen ist“ (1), hat auch gegen diesen Antrag, wie gegen jede Kundgebung für den Anschluß die Einwendung erhoben, daß die Entente Deutsch-Österreich dann die Kredit- und die Lebensmittelzufuhren sperren werde. Aber mit dieser Befürchtung, die stets der Rennerischen Weisheit letzter Schluss war, ist der Staatssekretär des Außenlandes, Amerikaner und Italiener über Deutsch-Österreich die Hungerblockade verhängen werden, weil die Nationalversammlung beschließen hat, sich im Rahmen der Bestimmungen des Friedensvertrages Klarheit in der wichtigsten Lebensfrage dieses Staates zu verschaffen. Selbst wenn die französische Regierung wieder einmal das dringende Bedürfnis fühlen sollte, sich moralisch ins Unrecht zu setzen und Deutsch-Österreich mit Zwangsmitteln zu bedrohen, weil es sich eines Rechtes bedient, das ihm nicht einmal der Staatsvertrag von St. Germain abzuspüren wagte, dürften die Italiener, Engländer und Amerikaner auf diesem Wege nicht folgen.

Das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag Schürff kann heute wohl kaum mehr zweifelhaft sein. Als die Gesetzesvorlage vor nur zwei Monaten eingebracht wurde, konnte es noch strittig sein, ob die Christlichsozialen dem Antrag Schürff zustimmen würden. Es gab und es gibt wohl noch manchen heimlichen Gegner des Antrages, zum Beispiel in den Reihen der christlichsozialen Partei, und es war immerhin denkbar, daß die Partei verfallen würde, und sich unter Berufung auf die beliebten „tatsächlichen Gründe“ um eine klare Stellungnahme herumzudrücken, ohne sich damit gegen den Anschluß selbst auszusprechen zu wollen. Inzwischen haben sich aber die Christlichsozialen genötigt gesehen, in ihrem Wahlauftritt rückhaltlos für den Anschluß an Deutschland einzutreten. Es wird also auch für sie kaum ein Grund bestehen, dem Antrag Schürff ihre Stimmen zu verweigern und damit das klare Plebiszit, zu dem sie sich in ihrem Wahlauftritt genötigt haben, wieder zu verdrängen. Wird der Antrag Schürff angenommen, und wird auf Grund dieses Beschlusses mit der Wahl zur Nationalversammlung eine Volksabstimmung über die Frage des Anschlusses verbunden, dann wird eine Klärung des politischen Verhältnisses Deutsch-Österreichs nach vielen Richtungen erfolgen. Die dunklen Gezeiten, die sich bisher auf dem Boden der inneren Politik Deutsch-Österreichs herumtreiben konnten, die Sendlinge Gabsburgs, Forsths und des „Liaid“ d'Orsay werden verschwinden. Die neue Nationalversammlung wird für die auswärtige Politik ein scharf umrissenes Programm vorfinden, und auch jene Mächte, die es ohne Vorwissenheit erfahren wollen, werden endlich wissen, woran sie sind, und werden endlich ein Zentrum der Beschäftigung in dem am meisten zersplitterten Gebiet des mittleren Europa schaffen können. Schwierigkeiten, die heute noch unüberwindbar scheinen, werden wie mit einem Schlage verschwinden. Allerdings wird man sich in Deutschland darüber klar sein müssen, daß auch ein bejahendes Ergebnis der Volksabstimmung über die Anschlußfrage noch nicht den Anschluß selbst bedeuten wird. Der Weg zur Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland kann nur über den Völkerverbund führen. Aber auch in Deutschland nur über den Völkerverbund führen können, wenn Deutsch-Österreich seinen Antrag beim Rat des Völkerbundes auf Grund des Ergebnisses einer Volksabstimmung stellen will. Auch Deutschland muß wünschen, daß der geplante Antrag beim Völkerbund auf Volksbeschluß erfolgt, und die Vereinigung einst nicht nur als ein Geschenk von oben, sondern aus dem Herzen des ganzen deutsch-österreichischen Volkes kommt.

### Der hungernde Lordmavor von Cork

Der 36. Tag des Hungerstreiks.

Der Lordmavor, der Oberbürgermeister der Stadt Cork in Irland, Mr. Terence Mac Swiney, hungert jetzt seit sechs und dreißig Tagen im Gefängnis von Brixton in London, wohin er auf Befehl der britischen Regierung überführt worden ist. Mr. Mac Swiney hungert freiwillig, um gegen seine Verurteilung und gegen die Vergewaltigung Irlands zu protestieren, und er hungert, begleitet von den Gebeten und zahllosen Sympathieäußerungen Irlands, und nicht minder begleitet von der Teilnahme und der gespannten Neugierde aller mildherzigen, aller still oder offen zu Irland haltenden und aller jentationsstrotzigen Personen in der westlichen Welt. Seit sechsunddreißig Tagen berichtet nicht nur die englische, sondern auch die französische und nicht zuletzt die für solche Affären stets empfindliche amerikanische Presse fortgesetzt mit jabelhafter Ausführlichkeit über das Befinden, über die zunehmende Schwäche, über den nie abnehmenden Mut des Oberbürgermeisters von Cork. Unzählige Spalten werden mit Aufzählung aller Schritte und Manifestationen, die zugunsten des Hungernden unternommen werden, und mit Erörterungen über die ganze Angelegenheit gefüllt. Wenn in Deutschland das Interesse nicht ganz so fieberhaft ist, so liegt das zum Teil daran, daß England, indem es noch immer jede direkte deutsche Berichterstattung verhindert, einen etwas breiten Graben zwischen sich und uns gezogen hat. Und dann — Deutschland leidet seit Jahren an Nahrungsmittel- und Futtermittelknappheit, und die englische Regierung hat sich in der letzten Zeit von der Entente betriebenen Vorkriegspolitik, den nicht freiwilligen Tod unzähliger Kinder, Mütter und Väter gesehen ... Man muß sich indessen mit der Affäre des Lordmavors doch beschäftigen, denn sie ist nicht nur sehr „sensational“, nicht nur ganz auf die Kinogefühle der Masse zugeschnitten, sondern auch politisch von großer Wichtigkeit. Es ist, um den Leser über den Hergang und über die Beweggründe des Hungernden aufzuklären, am einfachsten, das folgende Schreiben wiederzugeben, das ungefähr am fünfundzwanzigsten oder dreißigsten Gintage von der Gattin, dem Bruder und den Schweltern des Lordmavors an alle Vorkämpfer und Gefolgsleute der fremden Mächte gerichtet worden ist:

Wir haben die Ehre, Eurer Erzellenz die folgenden Zeilen darzulegen, die sich auf die langsame Ermordung des Lordmavors von Cork im Gefängnis von Brixton beziehen, denn sie dürften für Ihre Regierung Interesse haben. Der Lordmavor von Cork, Terence Mac Swiney, wurde am 12. August im Stadtgefängnis von Cork durch die englische Besatzungsmacht verhaftet. Das Stadtgefängnis wurde von einer Abteilung englischer Miliz besetzt. Das Verhaftungsbüro des Lordmavors wurde durchsucht und die Dokumente, die der Stadt gehörten, wurden beschlagnahmt. Der einzige Grund dieses Attentates war, daß der Lordmavor zugunsten der freien Selbstbestimmung Irlands gesprochen und gehandelt hatte. Er, der erste Magistratsbeamte der Stadt, wurde vor ein englisches Kriegsgericht gestellt, das er unter Berufung auf seinen Willen als illegal ablehnte. Aber das Kriegsgericht hatte eine hinreichende Anzahl Gefangnisse. Der Lordmavor konnte durch nur zwei Jahre in Gefängnis. Der Lordmavor hätte sich erwidern können, indem er sich auf die moralische Macht Irlands berief, daß er hungerstreikt. Er verbleibt in diesem Gefängnis nicht allein im Gefängnis von Cork, sondern auch in anderen, die vor dem Sterben sind und mit der gleichen Waffe für das gleiche Prinzip kämpfen.

Der Darstellung, die in diesem Briefe gegeben wird, muß hinzugefügt werden, daß Lloyd George, Bonar Law und die anderen Mitglieder der britischen Regierung die Sache natürlich etwas anders schildern. Sie behaupten, daß Mr. Mac Swiney an der Verschwörung, die zur Ermordung der englischen Polizisten in Irland führte, teilgenommen habe, und daß das beweisen sei. Richtig ist, daß im Gefängnis von Cork noch elf andere Verhaftete freiwillig hungern, von denen man, obgleich sie mit dem Lordmavor schon zwei Tage vor Mr. Mac Swiney begonnen haben, nicht ganz so viel spricht. Diese elf sind offenbar kleinere Leute, und nur im gläubigen Fanatismus gleichfalls groß.

Aus der Tatsache, daß die Familie des Lordmavors ein Schreiben an die fremden Vorkämpfer und Gefolgsleute gerichtet hat, kann man ersehen, wie die Agitation betrieben, die Affäre zu einem weltförmlichen Vorgange ausgestaltet wird. Das Drama ist gewiß an sich schon packend, aber auch die Jngeneration ist ungeheuer geschickt. Es ist schon gesagt worden, daß die ganze Presse der westlichen Welt täglich lange Berichte über den Zustand des hungernden Lordmavors veröffentlicht — und seit mindestens dreißig Tagen muß das Publikum unausgesetzt die Nachricht erwarten, der Märtyrer habe nun ausgehungen und ausgelebt. Am 8. September hieß es, der Hungernde sei gänzlich erschöpft, habe häufige Ohnmachtsanfälle und liege in der Agonie. Am 9. September wurde mitgeteilt, er könne kein Wort mehr sprechen, seine Glieder seien wie abgestorben und man habe ihn massiert und ihm die Arme in Binden gelegt. Am 11. September wurden drei Bulletins ausgegeben, welche besagten, wurden drei Bulletins ausgegeben, in denen und in daß er furchtbare Schmerzen im Rücken und in den Gliedern habe, mit aller Anstrengung kein Wort hervorbringe, aber anscheinend noch bei klarem Verstand sei. Immer hieß es, mit dem Hinscheiden müsse gründlich gerechnet werden, und am nächsten Morgen erlöste man, seine unweifelhaft enorme Willensstärke und Zähigkeit hätten bisher das Kerkerste noch abgewehrt. Mr. Mac Swiney hat eine Gattin und mehrere Schweltern, die sich abwechselnd interviewen lassen und abwechselnd mit der Abfassung von Protestbriefen und Werbeschriften beschäftigt sind. So hat beispielsweise die Gattin einen Appell an die mit Irland sympathisierenden Amerikaner gerichtet, in dem es am Schluß heißt: „Terence Mac Swiney opfert sich nicht um eines persönlichen Protestes willen, sondern weil er einsteht, daß ein Fall denjenigen Irlands symbolisiert.“ Die Gattin

### Giolitti gegen die Ausschließung Deutschlands von Genf.

Eine offiziöse italienische Äußerung.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 17. September.

Der offiziöse „Tempo“ schreibt, das „Berliner Tageblatt“ und die übrige deutsche Presse mögen sich beruhigen. Das Communiqué von Nizles-Bains enthalte kein einseitiges Wort, daß Giolitti die Ausschließung Deutschlands von der Genfer Konferenz zustimme. Die Genfer Konferenz werde überhaupt nur vertagt, weil sie mit der Weisheit der Konferenz zusammenfiel. Es sei freilich unseugbar, daß die Franzosen die Deutschen von der Genfer Konferenz ausschließen und die Konferenz vertagen möchten, aber hierüber habe die Gesamtentente zu entscheiden. Folglich habe sich auch England zu äußern, das Frankreichs Vorgehen schwerlich unterstützen werde. Lediglich sei Giolitti in Nizles-Bains sehr entschieden für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund eingetreten und habe gegenüber Deutschland wohlwollende Mahnungen empfohlen.

Brüssel, 17. September. (M. L. B.)

Naut „Dernière Heure“ sind die Sitzungen der Finanzkonferenz, die am 24. September beginnt, auf Wunsch Frankreichs und Englands öffentlich.

Diese, durch die deutschen Kommentare verursachte Feststellung eines Giolitti nahestehenden Plattes, daß Giolitti einer Ausschließung Deutschlands bei der Genfer Konferenz nicht, wie die Pariser Presse glauben machte, zugestimmt habe, ist errettend. Sie läßt die von der französischen Presse bestrittenen Stimmungen machen noch deutlicher erkennen, als bisher. Im übrigen belegen die im gefolgten Abendblatt wiedergegebenen italienischen Pressestimmen schon mit hinreichender Eindeutigkeit, wie man in Italien denkt. Heute tritt in Rom der italienische Senat

### Die Lage in Irland.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 17. September.

Der Sonderberichterstatter der „Gazzetta del Popolo“ in Dublin veröffentlicht einen interessanten Bericht über die Lage in Irland. In Dublin selbst seien keine Unruhen zu befürchten, wohl aber in Cork, wo jeden Augenblick der Ausbruch der Volksnot möglich sei. In Dublin wage die Polizei schon gar nicht mehr, bei Lage Verhaftungen vorzunehmen. Eine halbe Million Irländer jeder Alters schrieb sich für das revolutionäre Geet ein und hielten nachts Leuchten ab. Die „Westminster Gazette“ sagt, die Regierung habe die Absicht, das Parlament nicht früher als vor dem Ende der Ferien zusammenzubringen. Weder Lloyd George, noch die anderen Mitglieder des Kabinetts halten einen derartigen Schritt für notwendig.

### Zwangsanleihe und Reichsnotopfer.

Zu den Meldungen von einer beschlossenen Zwangsanleihe wird von zuständiger Stelle jetzt mitgeteilt, daß unter anderen Möglichkeiten zur Behebung der Finanznot auch eine Zwangsanleihe geübt wurde. Eine Bearbeitung dieses Problems war schon deshalb nicht zu umgehen, weil der Punkt 7 der Tagesordnung für die Finanzkonferenz in Brüssel ausdrücklich die Behandlung der Fragen einer Kapitalabgabe oder Zwangsanleihe vorsieht. Es sind jedoch bisher für Deutschland keinerlei positive Resultate bei der Durcharbeitung der Frage erzielt worden. Es ist keinesfalls beschlossene, etwa den Zeichnern von Zwangsanleihe das Reichsnotopfer zu erlassen! Als letzter Deklarationstermin zum Reichsnotopfer und zur Versteigerung bleibt noch die vor dem 30. September bestehende. Der Endtermin ist nicht, wie verschiedentlich gemeldet, auf einen Monat hinausgeschoben.